

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXI
<i>Kapitel 1: Einführung</i> . . . . .	1
A. Die Rechtsquellen und Wirkungsdimensionen des Berufsrechts . . . . .	1
B. Die Funktion und der Zustand des Rechtsanwendungsrechts . . . . .	3
C. Gang der Untersuchung . . . . .	10
<i>Kapitel 2: Bisherige Ansätze zur Anwendbarkeit berufsrechtlicher Ordnungsnormen in grenzüberschreitenden Sachverhalten</i> . . . . .	12
A. Die Zulassung in Deutschland als Anknüpfungsmoment . . . . .	12
B. <i>Max Friedlaender, Karl Neumeyer</i> und die Niederlassung als Anknüpfungsmoment . . . . .	15
C. Der Tätigkeitsort als Anknüpfungsmoment . . . . .	17
D. Sonstige Ansätze . . . . .	23
E. Zwischenfazit . . . . .	24
<i>Kapitel 3: Erkenntnisse aus dem Internationalen Verwaltungsrecht</i> . . . . .	25
A. Geltungsbereich und Anwendungsbereich . . . . .	26
B. Territorialität . . . . .	28
C. Grenznormen, Kollisionsnormen und die Anwendung ausländischen Rechts . . . . .	82
D. Die räumliche Begrenztheit von Ordnungsnormen als ökonomisches Eigeninteresse des Staates . . . . .	103
<i>Kapitel 4: Die normzweckorientierte Bestimmung und Ermittlung des räumlichen Anwendungsbereiches berufsrechtlicher Ordnungsnormen</i> . . . . .	108
A. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip als räumliche Leitplanke des Gesetzgebers und die Notwendigkeit der normzweckorientierten Bestimmung . . . . .	108

B. Die normzweckorientierte Ermittlung der räumlichen Reichweite durch den Rechtsanwender . . . . .	117
<i>Kapitel 5: Reaktionen auf Regelungshäufungen</i> . . . . .	191
A. Begriff der Regelungshäufung . . . . .	191
B. Erscheinungsformen von Regelungshäufungen . . . . .	192
C. (Keine) Anlehnung an additive Grundrechtseingriffe . . . . .	197
D. Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	200
E. Unionsrechtliche Implikationen . . . . .	209
F. Reaktionsmöglichkeiten . . . . .	214
G. Regelungsmängel . . . . .	255
H. Zusammenfassung – Kapitel 5 . . . . .	256
<i>Kapitel 6: Anwendungsbeispiel: Der räumliche Anwendungsbereich der deutschen Erfolgshonorarregelung</i> . . . . .	259
A. Anwaltliche Erfolgshonorare im deutschen Berufsrecht . . . . .	259
B. Die Regelungszwecke des Erfolgshonorarverbotes . . . . .	272
C. Normzweckorientierte Bestimmung des räumlichen Anwendungsbereiches der deutschen Erfolgshonorarregelung . . . . .	283
D. Zusammenfassung – Kapitel 6 . . . . .	302
<i>Kapitel 7: Zivilrechtliche Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit berufsrechtswidriger Vereinbarungen in grenzüberschreitenden Sachverhalten</i> . . . . .	305
A. Grundfragen der Perspektive . . . . .	306
B. Der Mandatsvertrag im europäischen IPR . . . . .	311
C. Eingriffsnormen und ihre Auswirkungen auf den Mandatsvertrag . . . . .	341
D. Der <i>ordre public</i> -Vorbehalt als Gewährleistung elementarer Gerechtigkeitsvorstellungen . . . . .	398
E. Zusammenfassung – Kapitel 7 . . . . .	406
<i>Kapitel 8: Fazit</i> . . . . .	410
Literaturverzeichnis . . . . .	413
Sachregister . . . . .	429

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXI
Kapitel 1: Einführung . . . . .	1
A. Die Rechtsquellen und Wirkungsdimensionen des Berufsrechts . . . . .	1
B. Die Funktion und der Zustand des Rechtsanwendungsrechts . . . . .	3
I. Das Internationale Privatrecht als Kollisionsrecht . . . . .	4
II. Das Internationale Berufsordnungsrecht – ein ungeliebtes Findelkind . . . . .	5
III. Grundlagen und Perspektive dieser Untersuchung . . . . .	6
1. Die räumliche Begrenzung von Ordnungsnormen . . . . .	7
2. Der räumliche Anwendungsbereich und die räumliche Anwendbarkeit . . . . .	9
3. Die Rolle des IPR . . . . .	9
C. Gang der Untersuchung . . . . .	10
Kapitel 2: Bisherige Ansätze zur Anwendbarkeit berufsrechtlicher Ordnungsnormen in grenzüberschreitenden Sachverhalten . . . . .	12
A. Die Zulassung in Deutschland als Anknüpfungsmoment . . . . .	12
I. Die Zulassung als hinreichender Inlandsbezug . . . . .	12
II. Das Internationale Berufsverwaltungsrecht nach Knöfel . . . . .	13
B. <i>Max Friedlaender, Karl Neumeyer</i> und die Niederlassung als Anknüpfungsmoment . . . . .	15
C. Der Tätigkeitsort als Anknüpfungsmoment . . . . .	17
I. Orientierung am Recht des Tätigkeitsortes . . . . .	18
II. Knöfel und die Dekonstruktion des Tätigkeitsortes . . . . .	22
D. Sonstige Ansätze . . . . .	23
E. Zwischenfazit . . . . .	24

<b>Kapitel 3: Erkenntnisse aus dem Internationalen Verwaltungsrecht . . . . .</b>	<b>25</b>
A. Geltungsbereich und Anwendungsbereich . . . . .	26
B. Territorialität . . . . .	28
I. Territorialität als Wesensmerkmal moderner Staaten? . . . . .	29
1. Der normativ-faktische Charakter des Territoriums . . . . .	30
2. Territorialität als Ausdruck von Relativität . . . . .	32
3. Methodische Prägung des Territorialitätsprinzips durch die Statutenlehre? . . . . .	33
4. Die Westfälische Ordnung als Wiege des Territorialitätsprinzips?	37
II. Das Territorialitätsprinzip im gesellschaftspolitischen Wandel des 19. Jahrhunderts . . . . .	41
1. Die Bedeutung der Kodifikationen . . . . .	42
2. Das Wiedererstarken des Personalprinzips durch das moderne Narrativ der Nation . . . . .	44
3. Savigny und die Entpolitisierung des Internationalen Privatrechts . . . . .	45
III. Territorialität im deutschen Strafanwendungsrecht . . . . .	52
IV. Territorialität im Völkerrecht . . . . .	56
1. Grundlagen . . . . .	56
2. Wesensunterschiede des Völkerrechts gegenüber dem Rechtsanwendungsrecht . . . . .	57
3. Bedeutungsgehalt der Territorialität als Ordnungsprinzip . . . . .	58
a) Bindung ausländischer Behörden und Gerichte . . . . .	59
b) Vollzug von Hoheitsakten . . . . .	59
c) Erfassung extraterritorialer Sachverhalte auf Tatbestandsebene . . . . .	60
V. Entterritorialisierungstendenzen . . . . .	63
1. Entterritorialisierung sozialer Räume . . . . .	64
a) Territorialität im mobilitäts- und kommunikationsgeschichtlichen Kontext . . . . .	64
b) Die Digitale Revolution als Entterritorialisierungsfaktor? . . . . .	66
2. Entterritorialisierung durch funktionale Zergliederung (hoheitlicher Zuständigkeit) . . . . .	71
a) Nichtstaatliche Normsetzer (insbesondere CCBE) als Entterritorialisierungsfaktoren . . . . .	72
b) Europäische Integration als Entterritorialisierungsfaktor . . . . .	74
VI. Territorialität als Aspekt der Rechtsdurchsetzung . . . . .	77
1. Sanktionierung durch tatsächliche Nachteilszufügung . . . . .	78
2. Sanktionierung durch den Entzug rechtlicher Privilegien . . . . .	79
3. Schlussfolgerungen für die Bedeutung der Territorialität	

im Hinblick auf die Rechtsdurchsetzung berufsrechtlicher Vorgaben . . . . .	80
VII. Zwischenfazit . . . . .	81
C. Grenznormen, Kollisionsnormen und die Anwendung ausländischen Rechts . . . . .	82
I. Die Konzeption der Grenznorm von Karl Neumeyer . . . . .	83
II. Klaus Vogel und die „Dekonstruktion“? . . . . .	86
III. Die Einseitigkeit der Grenznormen oder: die (Un-)Möglichkeit der Anwendung ausländischen Verwaltungsrechts . . . . .	86
1. Die Trennung von Staat und Zivilrecht als Vorbedingung mehrseitiger Kollisionsnormen im IPR? . . . . .	87
a) Die Bedeutung, das Weltbild und die Staatstheorie von Savigny . . . . .	87
b) Theoretische Einwände gegen die „Trennungsthese“ . . . . .	92
c) Widerlegung der „Trennungsthese“ durch die Rechtswirklichkeit . . . . .	95
d) Zwischenfazit . . . . .	96
2. Die Einseitigkeit der Grenznormen als „Rechtsprinzip“? . . . . .	97
IV. Zwischenfazit . . . . .	102
D. Die räumliche Begrenztheit von Ordnungsnormen als ökonomisches Eigeninteresse des Staates . . . . .	103
I. Regelungökonomie als Korrektiv der räumlichen Unbegrenztheit . . . . .	104
II. Durchsetzungspraktikabilität als Unterpekt der Regelungökonomie . . . . .	106
Kapitel 4: Die normzweckorientierte Bestimmung und Ermittlung des räumlichen Anwendungsbereiches berufsrechtlicher Ordnungsnormen . . . . .	108
A. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip als räumliche Leitplanke des Gesetzgebers und die Notwendigkeit der normzweckorientierten Bestimmung . . . . .	108
I. Grundlagen des Verhältnismäßigkeitsprinzips . . . . .	108
1. Ursprung, Herleitung und Grundstruktur . . . . .	108
2. Verhältnismäßigkeit als negatives Kontrollkriterium . . . . .	110
a) Einschätzungsprärogative der Legislative . . . . .	111
b) Zwecksetzungsbefugnis der Legislative . . . . .	112
c) Wertungsspielraum der Legislative . . . . .	113
II. Berufsrechtliche Normen als Grundrechtseingriffe . . . . .	113
III. Grundrechts- und Verhältnismäßigkeitsbindung in grenzüberschreitenden Sachverhalten . . . . .	115

IV.	Folgerungen für die legislative Bestimmung der räumlichen Reichweite berufsrechtlicher Ordnungsnormen . . . . .	116
B.	Die normzweckorientierte Ermittlung der räumlichen Reichweite durch den Rechtsanwender . . . . .	117
I.	Gesetzesauslegung als Kernbestandteil der Gesetzesanwendung . . . . .	117
II.	Der juristische Auslegungskanon . . . . .	118
III.	Der Normzweck – Auslegungsziel oder Auslegungsmittel? . . . . .	120
IV.	Die Auslegung von Normen . . . . .	121
1.	Der Normzweck als Auslegungsziel . . . . .	121
2.	Die Auslegungsmittel . . . . .	122
V.	Die Auslegung von Normelementen . . . . .	125
1.	Der Begriff der „Normelemente“ . . . . .	125
a)	Rechtsanwendungsbestimmungen als Normelemente . . . . .	126
b)	Begrenztes Leistungsvermögen der Unterscheidung von Normen und Normelementen . . . . .	126
2.	Der Normzweck als Auslegungsmittel . . . . .	127
3.	Nachvollziehen der vom Gesetzgeber konkretisierten Zweckverwirklichung . . . . .	128
4.	Der Wortlaut als Ausgangspunkt . . . . .	128
5.	Die Bedeutung von Systematik und Entstehungsgeschichte . . . . .	129
6.	Der Wortlaut als Grenze der Auslegung? . . . . .	130
7.	Die verfassungskonforme Auslegung . . . . .	133
a)	Abgrenzung zur verfassungsorientierten Auslegung . . . . .	133
b)	Voraussetzungen der verfassungskonformen Auslegung . . . . .	134
c)	Grenzen der verfassungskonformen Auslegung . . . . .	135
d)	Verfassungskonforme Auslegung als Rechtsfortbildung? . . . . .	136
VI.	Begrenzte Berücksichtigungsfähigkeit von Einzelfallgesichtspunkten als Konsequenz gesetzgeberischer Typisierungen? . . . . .	138
1.	Unterscheidung zwischen bloßen Generalisierungen und bewussten Differenzierungsdefiziten . . . . .	139
2.	Generalisierender Maßstab bei der Zumutbarkeitsprüfung (von Berufsausübungsregelungen)? . . . . .	140
3.	Stellungnahme: Ermittlung der gesetzgeberischen Determinationsdichte als Auslegungsspektrum . . . . .	143
a)	Umfassende Verfassungsbindung des Rechtsanwenders als Ausgangspunkt . . . . .	143
b)	Die Gesetzgeberische Abwägungsdetermination . . . . .	144
c)	Die Rechtssicherheit als Abwägungsbelang . . . . .	147
d)	Typisierungen im engeren Sinne und die gesetzgeberische Inkaufnahme von Einzelfallungerechtigkeiten . . . . .	148
e)	Aussagekraft des Wortlautes . . . . .	150
f)	Bedeutung des Ermessenspielraums . . . . .	152

g) Zwischenfazit . . . . .	156
VII. Unionsrechtliche Parameter . . . . .	157
1. Die Grundfreiheiten als Diskriminierungsverbote . . . . .	158
2. Die Grundfreiheiten als Beschränkungsverbote . . . . .	158
3. Rechtfertigung von Grundfreiheitseingriffen . . . . .	160
a) Zwingende Allgemeinwohlerfordernisse . . . . .	161
b) Kohärenzkontrolle und Verhältnismäßigkeitsprüfung . . . . .	161
4. Einschlägiges Sekundärrecht (insbesondere die Rechtsanwaltsrichtlinien) . . . . .	164
5. Unionsgrundrechte (insbesondere Art. 15 f. GRCH) . . . . .	165
6. Die unionsrechtskonforme Auslegung und der Anwendungsvorrang des Unionsrechts . . . . .	166
VIII. Lückenfüllung durch Rechtsfortbildung . . . . .	168
1. Terminologie . . . . .	169
a) Der Begriff der „Lücke“ . . . . .	169
b) Die verschiedenen Arten von Lücken . . . . .	169
2. Fehlende Bestimmung des räumlichen Anwendungsbereiches berufsrechtlicher Normen als „Funktionslücke“? . . . . .	171
3. Der „allgemeine negative Satz“ und die Grundrechte . . . . .	172
4. Zwischenfazit – Keine Lücke im Gesetz wegen fehlender Bestimmung zum räumlichen Anwendungsbereich . . . . .	173
IX. Rechtsanwendungsspezifische Wertungen im deutschen Berufsrecht	174
1. § 29 BORA a.F. . . . .	174
2. §§ 206 ff. BRAO . . . . .	175
3. § 29a BRAO . . . . .	176
a) Entstehungsgeschichte . . . . .	176
b) Prinzipielle räumliche Unbegrenztheit berufsrechtlicher Normen als Rückschluss aus § 29a Abs. 1 BRAO? . . . . .	177
c) Der Rechtspflegevorbehalt des § 29a Abs. 2 BRAO . . . . .	178
4. EuRAG . . . . .	179
5. § 1 Abs. 1 und 2 RDG . . . . .	181
a) Das Regelungssystem des RDG als gesetzgeberische Bestätigung der normzweckorientierten Bestimmung der räumlichen Reichweite . . . . .	181
b) Beratung im deutschen Recht als Anknüpfungsmoment . . . . .	183
c) Zwischenfazit . . . . .	185
X. Folgerungen für die Bestimmung des räumlichen Anwendungsbereiches . . . . .	186
Kapitel 5: Reaktionen auf Regelungshäufungen . . . . .	191
A. Begriff der Regelungshäufung . . . . .	191
B. Erscheinungsformen von Regelungshäufungen . . . . .	192

I.	Materielle Regelungshäufungen . . . . .	193
1.	Absolute Pflichtenkollisionen . . . . .	193
2.	Relative Pflichtenkollisionen . . . . .	194
3.	Komplementärregelungen . . . . .	194
II.	Formelle Regelungshäufungen . . . . .	195
C.	(Keine) Anlehnung an additive Grundrechtseingriffe . . . . .	197
D.	Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	200
I.	Ausländische Regelung als berücksichtigungsfähige Tatsache . . . . .	200
1.	Das Souveränitätsargument . . . . .	200
2.	Das Zurechenbarkeitsargument . . . . .	201
3.	Die Zweitregister-Entscheidung des BVerfG . . . . .	202
II.	Bedingtes Erfordernis der Reaktion auf Regelungshäufungen: Spezifische Abwägungskriterien der Verhältnismäßigkeitsprüfung bei grenzüberschreitenden Sachverhalten . . . . .	203
1.	(Kein) Verfassungsrechtliches Erfordernis zur Achtung fremder Rechtsordnungen . . . . .	205
2.	Grenzüberschreitende Tätigkeit als freiwillige Risikoentscheidung . . . . .	207
3.	Rechtssicherheit als Abwägungsaspekt . . . . .	208
4.	Reaktionen auf zumutbare Regelungshäufungen . . . . .	209
E.	Unionsrechtliche Implikationen . . . . .	209
I.	Vorgaben der Rechtsanwaltsdienstleistungs- und der Rechtsanwalts- niederlassungsrichtlinie . . . . .	210
1.	(Kein) Vorrang des Rechts des Aufnahmestaats . . . . .	210
2.	(Kein) Vorrang des strengerer Rechts . . . . .	211
3.	Zwischenfazit . . . . .	211
II.	Primärrechtliche Vorgaben (Grundfreiheiten) . . . . .	212
III.	Unterschiede zu den Vorgaben des deutschen Verfassungsrechts . .	213
F.	Reaktionsmöglichkeiten . . . . .	214
I.	Kollisionsrechtliche Verweisung (Anwendung ausländischen Berufsrechts) . . . . .	214
1.	Keine Notwendigkeit einer Auswahlentscheidung im Ordnungsrecht . . . . .	215
a)	Argumente für eine kollisionsrechtliche Verweisung . . . . .	216
b)	Argumente gegen eine Verweisungslösung . . . . .	217
2.	Rechtswahl . . . . .	218
a)	Begründung der Rechtswahlfreiheit im IPR . . . . .	219
b)	Anwendungsfelder und Grenzen der Rechtswahl im IPR . . .	220
c)	Genereller Ausschluss der Rechtswahl im IÖR? . . . . .	222

d) Stellungnahme: Interessen- und normzweckorientierte Differenzierung . . . . .	224
aa) (Keine) Parteiautonomie im Ordnungsrecht . . . . .	225
bb) Pflichtenkollision als Voraussetzung für anerkennenswertes Interesse des Regelungssadressaten . . . . .	226
cc) Interessen des Mandanten . . . . .	227
(1) Inhaltliche Präferenzen . . . . .	227
(2) Klarheit und Rechtssicherheit . . . . .	228
(3) Heimwärtsstreben . . . . .	228
(4) Berufspflichten ohne Mandatsbezug . . . . .	229
(5) Folgerungen . . . . .	229
dd) Beseitigung von Rechtsunsicherheit als öffentliches Interesse . . . . .	230
ee) Rechtswahlweise ordnungsrechtliche Wertungen . . . . .	232
(1) Kein genereller Ausschluss der Rechtswahl im Berufsrecht . . . . .	232
(2) Normen mit Individualschutz zugunsten Dritter . . . . .	233
(3) Grenzen der Abwahl mandantenschützender Normen . . . . .	234
(4) Abwahlfestigkeit von Normen mit überindividuellen Schutzzwecken? . . . . .	237
e) Fazit: Die Rechtswahl im (Berufs-)Ordnungsrecht – ein Konzept mit Perspektive . . . . .	239
II. Die Methode der Berücksichtigung . . . . .	241
1. Beispiele aus der deutschen IPR-Rechtsprechung . . . . .	241
2. Die Datumstheorie (im IPR) . . . . .	243
3. Berücksichtigung als gewöhnlicher Vorgang der (teleologischen) Auslegung . . . . .	246
4. Fazit: Die Berücksichtigung ausländischer Rechtsnormen im Berufsordnungsrecht . . . . .	247
III. Verfahrensrechtliche Instrumente . . . . .	250
1. Zuständigkeitsverzicht bei Verweisungsentscheidung ins ausländische Recht . . . . .	250
a) Gesetzesbindung . . . . .	250
aa) Ausdrückliche Regelung der örtlichen Zuständigkeit . . . . .	251
bb) Sachliche Zuständigkeit bei Anwendung ausländischen Berufsrechts . . . . .	252
b) Weitere Argumente gegen Zuständigkeitsverzicht . . . . .	252
c) Zwischenergebnis . . . . .	253
2. Koordination der Aufsichtsbehörden durch Informationsaustausch . . . . .	253
3. Anwendung/Übertragung bestehender Mechanismen aus der BRAO (Verfahrenskoordination)? . . . . .	254

G. Regelungsmängel . . . . .	255
H. Zusammenfassung – Kapitel 5 . . . . .	256
Kapitel 6: Anwendungsbeispiel: Der räumliche Anwendungsbereich der deutschen Erfolgshonorarregelung . . . . .	259
A. Anwaltliche Erfolgshonorare im deutschen Berufsrecht . . . . .	259
I. Tradition eines Verbotes . . . . .	259
II. Das BVerfG und die „Minimallösung“ des Gesetzgebers . . . . .	261
III. Erfolgshonorierte Inkasso-Prozessfinanzierung und Regelungskohärenz . . . . .	263
IV. Der Status quo . . . . .	264
1. Materielle Voraussetzungen einer rechtmäßigen Erfolgs-honorarvereinbarung . . . . .	264
a) § 4a Abs. 1 S. 1 Nr. 3 RVG . . . . .	264
b) § 4a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 u. 2 RVG . . . . .	265
2. Formelle Voraussetzungen . . . . .	265
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes . . . . .	266
a) Zivilrechtliche Rechtsfolgen . . . . .	266
aa) § 4b RVG . . . . .	266
bb) Verletzung von Hinweis- und Dokumentationspflichten .	268
cc) Verstoß gegen § 4a Abs. 2 RVG . . . . .	269
b) Berufsrechtliche Sanktionen . . . . .	269
c) Strafrechtliche Sanktionen . . . . .	271
d) Wettbewerbsrechtliche Sanktionen . . . . .	272
B. Die Regelungszwecke des Erfolgshonorarverbotes . . . . .	272
I. Der Schutz der anwaltlichen Unabhängigkeit . . . . .	273
1. Bedeutung und Ursprung der Unabhängigkeit . . . . .	273
2. Die anwaltliche Unabhängigkeit im Kontext von Erfolgshonoraren . . . . .	275
3. Zwischenfazit . . . . .	279
II. Der Schutz des Mandanten . . . . .	280
III. Der Schutz der prozessualen Waffengleichheit . . . . .	281
C. Normzweckorientierte Bestimmung des räumlichen Anwendungsbereiches der deutschen Erfolgshonorarregelung . . . . .	283
I. Normzweckberührungen . . . . .	284
1. Schutz der anwaltlichen Unabhängigkeit . . . . .	285
2. Schutz des Mandanten vor Übervorteilung . . . . .	288
3. Schutz der prozessualen Waffengleichheit . . . . .	289
II. Intensität der Normzweckberührungen und Abwägungskriterien . . . . .	290

1. Beratung/Vertretung eines im Ausland ansässigen Mandanten im Hinblick auf ein Verfahren vor einem deutschen Gericht . . . . .	291
2. Beratung/Vertretung eines im Inland ansässigen Mandanten im Hinblick auf ein Verfahren vor einem ausländischen Gericht/Schiedsgericht . . . . .	292
3. Beratung/Vertretung eines im Ausland ansässigen Mandanten im Hinblick auf ein Verfahren vor einem ausländischen Gericht/Schiedsgericht . . . . .	294
III. Regelungshäufung (Fallbeispiel) . . . . .	295
1. Erfolgshonorare im schweizerischen Berufsrecht . . . . .	295
2. Auftreten einer Regelungshäufung . . . . .	297
aa) Räumliche Anwendbarkeit der deutschen Erfolgs-honorarregelung . . . . .	297
bb) Räumliche Anwendbarkeit der schweizerischen Erfolgs-honorarregelung . . . . .	297
cc) Einordnung der Regelungshäufung . . . . .	297
3. Reaktionsmöglichkeiten . . . . .	300
D. Zusammenfassung – Kapitel 6 . . . . .	302
 Kapitel 7: Zivilrechtliche Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit berufsrechtswidriger Vereinbarungen in grenzüberschreitenden Sachverhalten . . . . .	305
A. Grundfragen der Perspektive . . . . .	306
I. Internationale Zuständigkeit und Anerkennungsfähigkeit . . . . .	306
1. Internationale Zuständigkeit als Determinante der Wirksamkeit .	306
2. Internationale Anerkennungsfähigkeit als Determinante der Durchsetzbarkeit . . . . .	307
II. Unionsrechtliche Harmonisierung . . . . .	308
1. Harmonisierung des IPR durch die Rom I-VO . . . . .	308
2. Harmonisierung des Zuständigkeits- und Anerkennungsrechts .	309
III. Folgerungen für die Untersuchungsperspektive . . . . .	310
B. Der Mandatsvertrag im europäischen IPR . . . . .	311
I. Anwendungsbereich der Rom I-VO . . . . .	311
1. Vergütungsvorschriften als Teil des Vertragsstatuts . . . . .	312
2. Kein Vorrang der Rechtsanwaltsrichtlinien . . . . .	313
II. Bestimmung des anwendbaren Vertragsrechts gemäß Art. 4 Abs. 1 lit. b Rom I-VO . . . . .	314
1. Mandatsverträge als Dienstleistungsverträge . . . . .	314
2. Gewöhnlicher Aufenthalt des Rechtsanwalts . . . . .	314
a) Der einzelne Rechtsanwalt als natürliche Person . . . . .	314
b) Berufsausübungsgesellschaften . . . . .	315

3. Ausweichklausel der offensichtlich engeren Verbindung (Art. 4 Abs. 3 Rom I-VO) . . . . .	316
<b>III. Rechtswahl (Art. 3 Rom I-VO) . . . . .</b>	<b>317</b>
1. Wirksamkeitsvoraussetzungen . . . . .	317
a) Willensäußerung . . . . .	317
b) Weitere Voraussetzungen . . . . .	318
2. Wählbares „Recht“ . . . . .	319
3. Teilrechtswahl . . . . .	319
4. Reine Inlandssachverhalte (Art. 3 Abs. 3 Rom I-VO) . . . . .	320
5. Binnenmarktsachverhalte (Art. 3 Abs. 4 Rom I-VO) . . . . .	321
aa) Vorliegen eines Binnenmarktsachverhaltes . . . . .	321
bb) Kein zwingendes Binnenmarktrecht für rechtsanwaltliche Mandatsverträge . . . . .	322
<b>IV. Formstatut . . . . .</b>	<b>323</b>
1. Anwendungsbereich . . . . .	323
2. Regelungszweck „favor negotii“ . . . . .	323
3. Qualifikation (§§ 3a Abs. 1, 4a Abs. 3 Nr. 1–4 RVG als Formvorschriften) . . . . .	324
a) § 3a Abs. 1 S. 1 RVG . . . . .	324
b) § 3a Abs. 1 S. 2 RVG . . . . .	325
c) § 3a Abs. 1 S. 3 RVG . . . . .	325
d) § 4a Abs. 3 RVG . . . . .	326
4. Regelungsinhalt . . . . .	327
a) Vertragsschluss bei Aufenthalt im selben Staat . . . . .	328
b) Vertragsschluss bei Aufenthalt in verschiedenen Staaten . .	328
c) Wahl des Formstatuts . . . . .	329
d) Rechtsfolgen von Formverstößen . . . . .	329
5. Gesetzesumgehung, Rechtsmissbrauch, Formerschleichung, <i>ordre public</i> . . . . .	330
<b>V. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen (Art. 6 Rom I-VO) . . . . .</b>	<b>331</b>
1. Anwendungsbereich . . . . .	331
a) Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	331
b) Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	332
c) Situativer Anwendungsbereich . . . . .	332
d) Die Bereichsausnahme des Abs. 4 lit. a . . . . .	334
2. Die objektive Anknüpfung gemäß Abs. 1 . . . . .	336
3. Die Rechtswahlbeschränkung gemäß Abs. 2 . . . . .	336
a) Wirksamkeit und Wirkung der Rechtswahl . . . . .	337
b) Zwingendes (Verbraucherschutz-)Recht . . . . .	338
c) Vergütungsvorschriften als zwingendes Recht im Sinne des Art. 6 Abs. 2 Rom I-VO . . . . .	339
4. Das Formstatut bei Verbraucherverträgen . . . . .	340
<b>VI. Zwischenfazit . . . . .</b>	<b>340</b>

C. Eingriffsnormen und ihre Auswirkungen auf den Mandatsvertrag . . . . .	341
I. Begriff und Systematik der Eingriffsnormen im Sinne von Art. 9 Rom I-VO . . . . .	341
1. Schutz öffentlicher Interessen . . . . .	342
a) Keine abstrakte Differenzierung zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Normen . . . . .	342
b) Keine Differenzierung im Hinblick auf hoheitliche Durchsetzungsmechanismen . . . . .	343
c) Anforderungen an das öffentliche Interesse . . . . .	344
d) Anforderungen an die Bedeutung der Norm . . . . .	345
e) Kumulierter Schutz öffentlicher und privater Interessen . . . . .	346
2. International zwingender Charakter . . . . .	347
3. Eingriffsnormen als Teil des Vertragsstatuts . . . . .	349
a) „Disqualifikation“ als Voraussetzung von Eingriffsnormen . . . . .	350
b) Sperrwirkung des Art. 9 Rom I-VO . . . . .	350
c) Anwendung von Eingriffsnormen der <i>lex causae</i> unter Vorbehalt des Anwendungswillens . . . . .	351
d) Schuldstatutstheorie . . . . .	351
e) Stellungnahme . . . . .	352
II. Anwendung forumseigener Eingriffsnormen (Art. 9 Abs. 2 Rom I-VO) . . . . .	358
1. Art. 9 Abs. 2 Rom I-VO als Öffnungsklausel . . . . .	358
2. Anwendungswille der Eingriffsnorm und erforderliche Inlandsbezüge . . . . .	359
3. Einschätzungsspielraum des Erlassstaates und unionsrechtliche Grenzen . . . . .	361
III. Anwendung forumsfremder Eingriffsnormen (Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO) . . . . .	363
1. Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO als Kollisionsnorm . . . . .	364
2. Voraussetzungen für die Anwendung ausländischer Eingriffsnormen . . . . .	366
a) Normzweck und Entstehungsgeschichte des Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO . . . . .	366
b) Kein „ <i>Acquis révisé</i> “ . . . . .	368
c) Normen des Erfüllungsortstaates . . . . .	369
aa) Bedeutung der „Machttheorie“ . . . . .	369
bb) Kein einheitlicher Erfüllungsort . . . . .	371
cc) Weitere Fragen zur Bestimmung des Erfüllungsortes . . . . .	372
d) Normen, die die Erfüllung des Vertrages unrechtmäßig werden lassen . . . . .	374
e) Entscheidungsspielraum des angerufenen Gerichts: „kann Wirkung verliehen werden“ . . . . .	375

aa) Art und Zweck der Eingriffsnorm . . . . .	376
bb) Folgen der Anwendung oder Nichtanwendung . . . . .	378
cc) Weitere Entscheidungskriterien . . . . .	379
dd) Pflicht zur Anwendung von Eingriffsnormen anderer EU-Staaten . . . . .	380
3. Rechtsfolge: Art der Wirkungsverleihung . . . . .	382
4. Sperrwirkung von Art. 9 Abs. 3 Rom I-VO? . . . . .	384
<b>IV. Die deutsche Erfolgshonorarregelung als Eingriffsnorm . . . . .</b>	<b>386</b>
1. Eingriffsnormcharakter der Erfolgshonorarregelung . . . . .	386
a) Schutz der anwaltlichen Unabhängigkeit . . . . .	387
b) Schutz des Mandanten vor Übervorteilung . . . . .	388
c) Schutz der prozessualen Waffengleichheit . . . . .	388
d) Zwischenfazit . . . . .	389
2. Anwendung durch deutsche Gerichte . . . . .	389
a) Räumliche Anwendbarkeit der deutschen Erfolgs-honorarregelung . . . . .	390
b) Rechtsfolge . . . . .	391
3. Anwendung durch Gerichte eines anderen EU-Mitgliedstaates . . . . .	393
a) Erfüllungsort der Honorarzahlung . . . . .	394
b) Relevante Kriterien der Anwendungentscheidung . . . . .	396
<b>D. Der <i>ordre public</i>-Vorbehalt als Gewährleistung elementarer Gerechtigkeitsvorstellungen . . . . .</b>	<b>398</b>
I. Hintergrund und Bedeutung . . . . .	398
II. Voraussetzungen, Maßstäbe und Folgen eines <i>ordre public</i> -Verstoßes nach Art. 21 Rom I-VO . . . . .	400
1. Bestandteile des <i>ordre public</i> . . . . .	400
2. Prüfungsmaßstab und Relativität des <i>ordre public</i> . . . . .	401
3. Rechtsfolgen eines <i>ordre public</i> -Verstoßes . . . . .	402
III. Berufsrecht und <i>ordre public</i> . . . . .	403
IV. Der anerkennungsrechtliche <i>ordre public</i> . . . . .	405
<b>E. Zusammenfassung – Kapitel 7 . . . . .</b>	<b>406</b>
<b>Kapitel 8: Fazit . . . . .</b>	<b>410</b>
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>413</b>
<b>Sachregister . . . . .</b>	<b>429</b>